

# SATZUNG

## INTERNATIONAL JUSTICE MISSION DEUTSCHLAND E. V.

vom 21. November 2009

zuletzt geändert durch die Mitgliederversammlungen vom 11. November 2024

### INHALT

Präambel .....	2
§ 1 Name, Sitz, Eintragung und Geschäftsjahr .....	2
§ 2 Zweck des Vereins .....	2
§ 3 Steuerbegünstigung.....	3
§ 4 Haushalt.....	4
§ 5 Mitgliedschaft.....	4
§ 6 Organe .....	6
§ 7 Mitgliederversammlung .....	7
§ 8 Präsidium .....	9
§ 9 Aufgaben des Präsidiums .....	10
§ 10 Vorstand .....	11
§ 11 Beirat .....	13
§ 12 Datenschutz und sonstige Hinweise.....	13
§ 13 Auflösung und Anfallberechtigung.....	13

## PRÄAMBEL

Die International Justice Mission ist eine gemeinnützige, international tätige Nichtregierungsorganisation (NRO/NGO), die sich den Opfern schwerster Menschenrechtsverletzungen in den sogenannten Entwicklungs- und Schwellenländern widmet. Zahlreiche Körperschaften in verschiedenen Ländern sind in einem Netzwerk (nachfolgend „IJM“) dem gemeinsamen Zweck verbunden. IJM verfolgt ein am Einzelfall orientiertes umfassendes Hilfskonzept:

1. Ermittlungstätigkeit und Befreiung von Opfern schwerster Menschenrechtsverletzungen in Zusammenarbeit mit den lokalen Behörden,
2. Initiierung und Begleitung straf- und zivilgerichtlicher Verfahren,
3. Nachsorge und Rehabilitation für Betroffene und
4. strukturelle Veränderung durch Stärkung des Gemeinwesens und der lokalen rechtlichen Systeme.

Zur Förderung und Durchsetzung der Menschenrechte betreibt IJM auch allgemeine und politische Bildungsarbeit.

Auf Grundlage des christlichen Menschenbildes bekennt sich IJM zur Unantastbarkeit der menschlichen Würde unabhängig von Herkunft, Geschlecht, religiösen und weltanschaulichen Überzeugungen.

## § 1 NAME, SITZ, EINTRAGUNG UND GESCHÄFTSJAHR

- (1) Der Verein führt den Namen International Justice Mission Deutschland e.V. bzw. abgekürzt IJM Deutschland e.V. und soll eingetragen sein. Nach den Rahmenverträgen mit IJM ist der Verein berechtigt, den geschützten Namen „International Justice Mission“ und die Abkürzung jeweils zusammen mit dem Land, in dem er seinen Sitz hat, als Vereinsname zu führen und auch die entsprechende Wort-/ Bildmarke vollumfänglich zu nutzen.
- (2) Er hat seinen Sitz in Siegen.
- (3) Das Geschäftsjahr des Vereins läuft vom 1. April bis zum 31. März des folgenden Jahres.

## § 2 ZWECK DES VEREINS

- (1) Die Zwecke des Vereins sind:
  - Förderung der Hilfe für Opfer von Straftaten (§ 52 Nr. 10 Abgabenordnung, abgekürzt: AO),
  - Förderung der Entwicklungszusammenarbeit (§ 52 Nr. 15 AO),
  - Förderung der Kriminalprävention (§ 52 Nr. 20 AO) und
  - Förderung der Volksbildung (§ 52 Nr. 7 AO) sowie

- die selbstlose Unterstützung von Personen, die die Voraussetzungen des § 53 AO erfüllen, ferner
- die Mittelbeschaffung zur Förderung der oben genannten satzungsgemäßen Zwecke, im Inland durch steuerbegünstigte Körperschaften oder Körperschaften des öffentlichen Rechts und weltweit insbesondere durch IJM. Insoweit handelt der Verein auch als Förderverein im Sinne des § 58 Nr. 1 AO.

(2) Der Satzungszweck wird im In- und Ausland insbesondere verwirklicht durch:

- Erweiterung und Aufrechterhaltung des IJM Informationsnetzwerks zur Dokumentierung von Menschenrechtsverstößen;
- Durchführung von Bildungsmaßnahmen mit Inhalten zur Verantwortung für Menschenrechte und zu Fragen des Gerechtigkeitsverständnisses, insbesondere auch in christlichen Kirchen;
- Unterstützung von Opfern schwerster Menschenrechtsverletzungen, insbesondere im Rahmen der weltweiten Arbeit von IJM mit Geld- und Dienstleistungen, z.B. durch juristische Beratung und sozialpädagogische und psychologische Betreuung zur familiären, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Reintegration, sowie
- Unterstützung und Förderung staatlicher Strafverfolgung und -verurteilung als general- und spezialpräventive Maßnahmen gegen Menschenrechtsverletzungen;
- Entwicklungszusammenarbeit durch Veränderung der Rechtssysteme, so dass sie für Arme wirksam(er) werden;
- Einbeziehung politischer Verantwortungsträger aus Deutschland in die weltweite Menschenrechtsarbeit durch IJM;
- Informierung über die weltweite Arbeit von IJM;
- Förderung der aktiven Mitarbeit in Deutschland und weltweit;
- Vernetzung mit Organisationen, die die Zwecke des Vereins fördern;
- Einwerben von Spenden und Beiträgen (Vermögenswerten) zur Förderung der satzungsgemäßen Zwecke.

### § 3 STEUERBEGÜNSTIGUNG

- (1) Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung (§§ 51 bis 68 AO).
- (2) Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
- (3) Mittel des Vereins dürfen nur für satzungsmäßige Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten in ihrer Eigenschaft als Mitglieder keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins. Sie haben auch bei ihrem Ausscheiden oder bei Auflösung des Vereins keinerlei Ansprüche auf das Vereinsvermögen. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem

Zweck der Körperschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütung begünstigt werden. Soweit Mitglieder oder sonstige Personen ehrenamtlich für den Verein tätig sind, erhalten sie Erstattung der nachgewiesenen angemessenen Auslagen und gegebenenfalls im Rahmen der steuerlichen Möglichkeiten, zum Beispiel § 3 Nr. 26, 26a EStG, pauschal gewährte (Frei-)Beträge. Die Gewährung angemessener Vergütungen aufgrund eines besonderen Vertrages bleibt hierdurch unberührt.

- (4) Der Verein erfüllt seine Aufgaben selbst oder durch eine Hilfsperson im Sinne des § 57 Abs. 1 S. 2 AO, sofern er nicht im Wege der Mittelbeschaffung gemäß § 58 Nr. 1 AO tätig wird. Der Verein kann zur Verwirklichung seines Zweckes Zweckbetriebe unterhalten.
- (5) Die Weiterleitung der Mittel sowohl an eine ausländische Körperschaft als auch an im Ausland ansässige Hilfspersonen des Vereins erfolgt nur aufgrund gesonderter Einzel- oder Rahmenverträge, in denen sich unter anderem der jeweilige Empfänger verpflichtet, einen Verwendungsnachweis vorzulegen, der den inländischen Finanzbehörden die Prüfung der zweckentsprechenden Verwendung der Zuwendungen ermöglicht. So ist mit Abschluss des Projekts, mindestens aber jährlich ein detaillierter Rechenschaftsbericht unter Beifügung geeigneter Belege und Nachweise über die Verwendung der vom Verein erhaltenen Mittel vorzulegen. Ergibt sich aus diesem Rechenschaftsbericht nicht, dass mit diesen Mitteln ausschließlich die satzungsmäßigen Zwecke des Vereins verwirklicht werden, oder kommt der Empfänger der Mittel der Pflicht zur Vorlage des Rechenschaftsberichts abredewidrig nicht nach, wird die Weiterleitung von Vereinsmitteln unverzüglich eingestellt.

Der Verein kann sich zur Erfüllung seiner satzungsgemäßen Zwecke mit anderen Organisationen zu gemeinsamen Projekten zusammenschließen. Näheres kann in einer schriftlichen Projektvereinbarung vereinbart werden.

#### § 4 HAUSHALT

- (1) Die Mittel für seine Aufgaben erhält der Verein durch Spenden und sonstige
- (3) Zuwendungen wie Schenkungen, Erbschaften oder Vermächtnisse, sowie Zuschüsse, Sammlungen und sonstige Einnahmen.
- (4) Die Mitglieder sind nicht verpflichtet, Beiträge zu zahlen.
- (5) Über Einnahmen und Ausgaben hat der Vorstand ordnungsgemäß Buch zu führen.

#### § 5 MITGLIEDSCHAFT

- (1) Mitglied des Vereins kann jede natürliche, vollgeschäftsfähige Person sein, die seine Ziele unterstützt.
- (2) Die Mitglieder verpflichten sich,
  - zur Förderung der Aufgaben des Vereins nach ihren Kräften beizutragen,

- die Satzung und eventuelle Ordnungen des Vereins zu befolgen,
- die „Grundwerte des Vereins“ anzuerkennen,
- sich nach den Beschlüssen der Mitgliederversammlung zu richten und
- den Vereinszweck auch in der Öffentlichkeit in ordnungsgemäßer Weise zu unterstützen.

Ihnen ist bewusst, dass auch ihr Leben außerhalb des Vereins entscheidend zur Glaubwürdigkeit der Erfüllung der Vereinszwecke beiträgt und ihr Verhalten für die Zweckerreichung bedeutsam ist.

- (3) Voraussetzung für den Erwerb der Mitgliedschaft ist ein schriftlicher Aufnahmeantrag, der an das Präsidium gerichtet werden soll. Das Präsidium prüft den Aufnahmeantrag und legt ihn mit einem Votum der Mitgliederversammlung zur freien Entscheidung vor. Die Mitgliederversammlung entscheidet auf Antrag des Präsidiums über die Aufnahme nach freiem Ermessen. Dem aufgenommenen Mitglied ist die Satzung sowie die „Grundwerte des Vereins“ in aktueller Fassung auszuhändigen. Die Mitgliedschaft ist nicht übertragbar.
- (4) Über die Mitglieder wird ein Verzeichnis geführt. Anschriftenänderungen haben die Mitglieder unverzüglich dem Präsidium mitzuteilen. Mitglieder werden gebeten, ihre jeweilige aktuelle E-Mail-Adresse anzugeben und erklären sich mit der Bekanntgabe zur Entlastung der Vereinsverwaltung damit einverstanden, dass alle den Verein betreffenden Vorgänge, auch solche, die der Schriftform bedürfen, wie zum Beispiel Einladungen zur Mitgliederversammlung, ihnen auch auf diesem Wege wirksam zugesandt werden können.
- (5) Die Mitgliedschaft berechtigt zur Teilnahme an der Mitgliederversammlung und zur Ausübung der der Mitgliederversammlung zustehenden Rechte.
- (6) Die Mitgliedschaft endet durch Tod (dem die Auflösung bei einer juristischen Person gleichsteht), Ausschluss oder Austritt. Der Austritt kann jederzeit schriftlich zu Händen des Präsidiums erklärt werden.
- (7) Verletzt ein Mitglied in grober Weise die Interessen des Vereins, kann es durch Beschluss des Präsidiums aus dem Verein ausgeschlossen werden. Vor der Beschlussfassung ist dem Mitglied Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Gegen den Beschluss kann das betroffene Mitglied innerhalb eines Monats die Entscheidung der Mitgliederversammlung beantragen, die dann abschließend über den Beschluss gegen das nicht in der Versammlung anwesende Mitglied entscheidet. Die Berufung ist zu begründen. Soweit dieser Rechtsbehelf nicht oder nicht rechtzeitig genutzt oder ohne Begründung erfolgt oder aber der Beschluss bestätigt wird, unterwirft sich das Mitglied diesem Beschluss. Hierauf soll in dem Ausschließungsbeschluss hingewiesen werden.

Der Ausschluss erfolgt insbesondere

- bei grobem und wiederholtem Verstoß gegen die Satzung, die in der Satzung verankerten Ordnungen, insbesondere die „Grundwerte des Vereins“, Beschlüsse oder Interessen des Vereins,
- bei Störung des Vereinsfriedens oder bei vereinschädigendem Verhalten,

- wegen ehrenrühriger oder unhaltbarer Verdächtigungen gegen Vereinsmitglieder,
- wegen schuldhafter falscher Angaben gegenüber dem Verein,
- bei nachhaltiger Vernachlässigung der Pflichten gegenüber dem Verein,
- wegen unehrenhaften Verhaltens innerhalb und/oder außerhalb des Vereinslebens,
- bei Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte oder in Fällen einer rechtskräftigen strafrechtlichen Verurteilung,
- aus sonstigen schwerwiegenden, die Vereinsdisziplin berührenden Gründen,
- sowie in dem Fall, dass es dem Verein und seinen Mitgliedern nicht zumutbar ist, die Vereinsgemeinschaft fortzusetzen, auch wenn kein Fall von Verschulden vorliegt.

Der Ausschluss soll dem IJM Hauptsitz, einer Nichtregierungsorganisation nach dem Recht von Virginia, U.S.A., registriert unter dem Namen „International Justice Mission“ (nachfolgend "IJM Headquarters") angezeigt werden.

- (8) Die Mitgliederversammlung kann in geeigneten Fällen anstelle eines Ausschlusses auch das vollständige oder teilweise Ruhen aller Mitgliedsrechte anordnen; ein Ruhen der Pflichten ist damit nicht verbunden.
- (9) Mit Beendigung der Mitgliedschaft erlöschen alle Ansprüche aus dem Mitgliedschaftsverhältnis. Eine Rückgewähr von Spenden oder Sacheinlagen sowie eine Entschädigung für im Rahmen des Vereinslebens erbrachte sonstige Leistungen sind ebenso ausgeschlossen wie ein Anspruch auf einen Anteil am Vereinsvermögen. Das sich in den Händen des ausgeschiedenen Mitgliedes befindliche Eigentum des Vereins wie Schriftgut, Verwaltungsunterlagen und Ausrüstung muss dem Verein unverzüglich zurückgegeben werden. Soweit Mitglieder mit Ämtern und Aufgaben betraut waren, sind sie verpflichtet, mit der Übergabe Rechenschaft abzulegen.

## § 6 ORGANE

- (1) Organe des Vereins sind die Mitgliederversammlung, das Präsidium, der Vorstand und der Beirat.
- (2) Die Mitglieder der Organe sind zur ordnungsgemäßen Erfüllung ihrer Aufgaben verpflichtet; für die Haftung von entgeltlich tätigen Mitgliedern und Vorständen gelten unabhängig von der Höhe des Entgeltes die §§ 31a und 31b BGB entsprechend, ggf. kann auf Kosten des Vereins eine Haftpflichtversicherung abgeschlossen werden. Denkbare Interessenskonflikte sind von den Beteiligten aller Organe selbst unaufgefordert mitzuteilen.
- (3) Die Organe können im Rahmen ihrer Befugnisse Anstellungsverträge mit geeigneten Personen, auch Präsidiumsmitgliedern, unter Gewährung marktüblicher und die Besonderheiten der Gemeinnützigkeit beachtender Bezüge abschließen. Für sie soll auf

Kosten des Vereins eine Haftpflichtversicherung für fahrlässig verursachte Schäden abgeschlossen werden. An Vorstandsmitglieder und Präsidiumsmitglieder nach § 8 und § 10 können angemessene Vergütungen gezahlt werden, insbesondere auf Basis abgeschlossener Anstellungsverträge. Vorstandsmitgliedern und Präsidiumsmitgliedern können auch nachgewiesene Auslagen und Aufwendungen erstattet werden. Insoweit sind auch Zahlungen von pauschalen Aufwandsentschädigungen und pauschalen Auslagenerstattungen zulässig. An Vorstandsmitglieder und Präsidiumsmitglieder können auch Vergütungen nach § 3 Nr. 26 und 26a EStG gezahlt werden. Vergütungen, Erstattungen und Entschädigungen an Vorstandsmitglieder bedürfen eines Beschlusses des Präsidiums und an Präsidiumsmitglieder eines Beschlusses der Mitgliederversammlung.

## § 7 MITGLIEDERVERSAMMLUNG

(1) Die Mitgliederversammlung ist oberstes Organ des Vereins. Sie hat alle Fragen zu regeln, die nicht ausdrücklich von ihr oder durch die Satzung anderen Vereinsorganen zugewiesen sind, insbesondere:

- Bestimmung der Grundlinien der Tätigkeit des Vereins;
- Wahl und Bestätigung des Präsidiums, sofern sie ansteht (§ 8 Ziff. 2);
- Abberufung des Präsidiums (§ 8 Ziff. 4);
- Genehmigung des Jahres- und Kassenberichts des Präsidiums;
- Entgegennahme des Berichts eines eventuellen
- Rechnungsprüfers / Steuerberaters / Wirtschaftsprüfers;
- Entlastung des Präsidiums;
- Soweit dies nicht durch das Präsidium geschehen ist, die Bestellung von zwei Rechnungsprüfern und einer Ersatzperson für in der Regel zwei Jahre oder eines Steuerberaters, die dem Präsidium nicht angehören dürfen. Ihr Prüfungsauftrag umfasst stichprobenartig neben der Kassenführung die Prüfung, ob die Ausgaben unter Zugrundelegung des Haushaltsplanes sachlich begründet, rechnerisch richtig und belegt sind, die Mittel wirtschaftlich verwendet wurden, der Jahresabschluss richtig angefertigt ist und - soweit ein Steuerberater damit beauftragt ist - insbesondere auch ob die tatsächliche Geschäftsführung mit den Satzungszwecken übereinstimmt. Darüber ist zu berichten.

(2) Das Präsidium beruft mindestens einmal im Jahr eine Mitgliederversammlung unter Bestimmung von Tagungsort und Termin in Textform ein. Mit einer Ladungsfrist von zwei Wochen ist den Mitgliedern die vorläufig festgesetzte Tagesordnung bekannt zu geben. Bei Satzungsänderungen beträgt die Ladungsfrist vier Wochen. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Aufgabe der Einladung bei der Post, das heißt die Postlaufzeit fällt bereits in die Ladungsfrist; der Tag der Versammlung und der Tag der Auf-

gabe zur Post werden nicht mitgezählt; § 193 BGB findet keine Anwendung. Das Einladungsschreiben gilt dem Mitglied als zugegangen, wenn es an die letzte vom Mitglied dem Verein schriftlich bekannte gegebene Adresse / E-Mail-Adresse gerichtet ist.

- (3) Die Leitung in der Mitgliederversammlung hat der Vorsitzende des Präsidiums, im Falle seiner Verhinderung dessen Stellvertreter. Bei Verhinderung beider wählt die Mitgliederversammlung als ersten Akt den Versammlungsleiter. Der Versammlungsleiter bestimmt einen Protokollführer.
- (4) Die Mitgliederversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens drei Vereinsmitglieder anwesend sind. Anträge zur Beschlussfassung in der Mitgliederversammlung können grundsätzlich zu jeder Zeit schriftlich gestellt werden, spätestens aber eine Woche vor Ablauf der Ladungsfrist. Dies gilt nicht für Wahlen oder Satzungsänderungen.
- (5) Die Mitgliederversammlung beschließt mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen, soweit nicht Gesetz oder Satzung etwas anderes vorschreiben. Stimmenthaltungen oder ungültige Stimmen werden nicht mitgezählt. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung gilt der Antrag als abgelehnt. In der Mitgliederversammlung hat jedes Mitglied eine Stimme. Die Mitglieder können sich nur durch andere stimmberechtigte Mitglieder aufgrund schriftlicher beziehungsweise per E-Mail übersandter Vollmacht vertreten lassen; eine Vollmacht per E-Mail muss an das Präsidium adressiert sein. Die Bevollmächtigung ist für jede Mitgliederversammlung besonders zu erteilen. Ein Mitglied darf jedoch nicht mehr als zwei fremde Stimmen vertreten. Der Vertretung durch ein anwesendes Mitglied steht gleich, wenn ein Mitglied durch vorherige schriftliche Stellungnahme gegenüber dem Präsidium seine Entscheidung zu allen oder einzelnen Punkten der Tagesordnung zum Ausdruck gebracht hat.
- (6) Die Art der Abstimmung bestimmt der Versammlungsleiter.
- (7) Das Präsidium kann bei der Berufung der Versammlung eine hybride oder auch virtuelle Versammlung vorsehen (§ 32 Abs. 2 BGB), an denen Mitglieder im Wege der elektronischen Kommunikation teilnehmen und ihre Mitgliederrechte ausüben können bzw. müssen. Wird eine hybride oder virtuelle Versammlung einberufen, so soll bei der Einladung auch angegeben werden, wie die Mitglieder ihre Rechte im Wege der elektronischen Kommunikation ausüben können.
- (8) Beschlüsse können grundsätzlich auch außerhalb einer Mitgliederversammlung in Textform, geschützter Online-Foren, nicht aber fernmündlich gefasst werden; ausgenommen sind Wahlen und Beschlüsse über eine Satzungsänderung oder Auflösung des Vereins, es sei denn, die vorangegangene Mitgliederversammlung hat ausdrücklich eine Änderung der Satzung außerhalb einer Versammlung genehmigt, weil nur noch notwendige Genehmigungen und/oder Rechtsrat einzuholen sind. Der Beschlussantrag wird vom Präsidium formuliert. Die Überlegungsfrist beträgt regelmäßig eine Woche. Maßgeblich ist aber das als spätestes Eingangsdatum für die Abgabe der Stimmen an das Präsidium im Anschreiben ausdrücklich genannte Datum. Auch in diesen Fällen

bleibt es bei den in dieser Satzung festgelegten Mehrheiten der abgegebenen Stimmen. Das Präsidium zählt die Stimmen aus und gibt sie bekannt. Ein solcher Beschluss ist bei der nächsten Mitgliederversammlung schriftlich niederzulegen.

(9) Änderungen der Satzung und des Vereinszwecks sowie Umwandlungen können nur beschlossen werden, wenn dies - bei der Satzung unter Angabe der beabsichtigten Änderung (der Hinweis auf die betroffene Regelung ist auch ausreichend) - auf der Tagesordnung vorgesehen war und der Beschluss mit einer Mehrheit von 75 % der abgegebenen gültigen Stimmen ergeht. Eine Änderung des Zwecks des Vereins kann nur erfolgen, soweit die Steuerbegünstigung im Sinne der Abgabenordnung sichergestellt ist; es ist daher zuvor die Zustimmung des zuständigen Finanzamtes zur beabsichtigten Zweckänderung vom Präsidium einzuholen.

(10) Das Präsidium kann jederzeit weitere Mitgliederversammlungen in Textform einberufen. Sie müssen einberufen werden, wenn das Interesse des Vereins es erfordert oder wenn mindestens 25 % der Mitglieder dies unter Angabe des Zwecks schriftlich und begründet vom Präsidium fordern. Die Ladungsfrist kann in dringenden Fällen auf sieben Tage abgekürzt werden. Im Übrigen gelten die Bestimmungen für die Jahreshauptversammlung entsprechend.

(11) Über die Beschlüsse der Mitgliederversammlung ist ein Protokoll anzufertigen und an alle Mitglieder zu versenden.

Widersprüche gegen die Richtigkeit des Versammlungsprotokolls können nur innerhalb von vier Wochen ab dem Tag der Versammlung eingelegt werden. Sollte in dieser Zeit das Protokoll nicht zugegangen sein, so ist dieses unverzüglich dem Präsidium mitzuteilen; die Widerspruchsfrist verlängert sich in dem Fall entsprechend. Über einen Widerspruch entscheidet das Präsidium unter Anhörung des Versammlungsleiters und des Protokollführers. Das Protokoll gilt dem Mitglied als zugegangen, wenn es an die letzte vom Mitglied dem Verein schriftlich bekannt gegebene Adresse / E-Mail-Adresse gerichtet ist.

## § 8 PRÄSIDIUM

(1) Das Präsidium besteht aus mindestens drei Präsidiumsmitgliedern; der konkrete Bedarf und die Anzahl werden durch das Präsidium bestimmt. Das Präsidium wählt aus seiner Mitte seinen Vorsitzenden und Stellvertreter auf zwei Jahre.

(2) Das Präsidium kann die Aufnahme neuer Präsidiumsmitglieder vorschlagen. Die Präsidiumsmitglieder werden für einen Zeitraum von zwei Jahren, vom Tage der Wahl gerechnet, von der Mitgliederversammlung gewählt; sie bleiben jedoch bis zur wirksamen Neuwahl der Präsidiumsmitglieder im Amt. Jedes Präsidiumsmitglied ist einzeln zu wählen. Wiederwahl ist zulässig. Soweit die Kandidaten keine Vereinsmitglieder sind, müssen sie mit Annahme des Amtes ausdrücklich auch die „Grundwerte des Vereins“ anerkennen.

- (3) Ein Präsidiumsmitglied kann sein Amt zum Ende eines Quartals niederlegen, wenn es dies mindestens drei Monate zuvor dem Vorsitzenden, hilfsweise dem verbleibenden Präsidium, schriftlich angezeigt hat. Aus wichtigem Grund kann das Amt sofort niedergelegt werden, wenn hierdurch kein Schaden für den Verein entsteht. Ein Präsidiumsmitglied scheidet mit Vollendung seines 70. Lebensjahres bis zur nächsten Mitgliederversammlung aus dem Präsidium aus, sofern die Mitgliederversammlung nichts anderes bestimmt. Scheidet ein Präsidiumsmitglied während der Amtsperiode aus, so kann das Präsidium für die restliche Amtsdauer des Ausgeschiedenen ein Ersatzmitglied bestimmen. Bei Amtsaufgabe des Vorsitzenden bestimmt das Präsidium gemäß Ziff. 1 den Vorsitzenden aus den eigenen Reihen. Scheiden der Vorsitzende und alle anderen Präsidiumsmitglieder zur gleichen Zeit vorzeitig aus dem Amt, so obliegt ihnen die Pflicht, eine Mitgliederversammlung zwecks Neuwahl unverzüglich einzuberufen. Sollte dem Verein durch die fehlende Einberufung ein Schaden entstehen, so haften die Präsidiumsmitglieder hierfür, soweit sie dieses zu vertreten haben.
- (4) Die Mitgliederversammlung ist berechtigt, gewählte Präsidiumsmitglieder mit 75 % der abgegebenen Stimmen aus wichtigem Grund abzurufen; soweit die Mindestzahl des Präsidiums durch die Abberufung unterschritten wird, muss sie zumindest in der notwendigen Anzahl neue Präsidiumsmitglieder wählen (konstruktives Misstrauensvotum).
- (5) Eine Präsidiumssitzung wird bei Bedarf einberufen, soweit das Präsidium keine regelmäßigen Termine vereinbart; sie muss einberufen werden, wenn eines der Präsidiumsmitglieder dies begründet verlangt. Die Einberufung kann auch per E-Mail erfolgen und gilt als wirksam, wenn von allen eine Empfangsbestätigung vorliegt.
- (6) Die Beschlussfassung in der Präsidiumssitzung geschieht mit der Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Das Präsidium ist beschlussfähig, wenn mindestens drei Mitglieder persönlich anwesend sind. Eine Vertretung aufgrund schriftlicher beziehungsweise per E-Mail erklärter Vollmacht durch andere Präsidiumsmitglieder ist zulässig.
- (7) Beschlüsse des Präsidiums werden in einem Sitzungsprotokoll niedergelegt und vom Versammlungsleiter und einem von ihm zuvor bestimmten Protokollanten unterzeichnet. Die Beschlüsse stehen jedem Präsidiumsmitglied auf Anfrage zur Einsicht zur Verfügung.
- (8) Das Präsidium soll zwei- bis dreimal im Geschäftsjahr einberufen werden. Eines der Treffen soll jeweils persönlich stattfinden; im Übrigen gelten die Möglichkeiten der elektronischen Beschlussfassung für die Mitgliederversammlung hier entsprechend.
- (9) Das Präsidium arbeitet ehrenamtlich.

## § 9 AUFGABEN DES PRÄSIDIUMS

- (1) Das Präsidium ist für die Umsetzung der Beschlüsse der Mitgliederversammlung verantwortlich.

- (2) Das Präsidium ist verantwortlich für die Vorbereitung und Einberufung regulärer und außerordentlicher Mitgliederversammlungen sowie die Aufstellung der entsprechenden Tagesordnung.
- (3) Das Präsidium verantwortet die strategische Ausrichtung.
- (4) Der Antrag zur Mitgliedschaft neuer Vereinsmitglieder wird vom Präsidium mit Stellungnahme an die Mitgliederversammlung weitergeleitet. Das Präsidium kann die Mitgliedschaft eines Vereinsmitglieds nach Maßgabe dieser Satzung beenden.
- (5) Das Präsidium stellt die Unterrichtung der Vereinsmitglieder über aktuelle Entwicklungen des Vereins sicher.
- (6) Das Präsidium sorgt für die Pflege, Weiterentwicklung und Einhaltung der Vereinssatzung und entsprechender Richtlinien im Sinne der Grundwerte des Vereins.
- (7) Das Präsidium beruft den Vorstand und bestimmt den Vorstandsvorsitzenden sowie ggf. dessen Stellvertreter und ist auch für deren Abberufung zuständig.  
Damit verbunden ist die Kompetenz, entsprechende Dienstverhältnisse abzuschließen und zu beenden.
- (8) Das Präsidium berät und überwacht die Geschäftsführung des Vorstands.
- (9) Das Präsidium genehmigt die vom Vorstand auszuarbeitende strategische Ausrichtung und beschließt dazu insbesondere auf dessen Vorschlag die jeweilige Jahresplanung und den Haushaltsplan.  
Das Präsidium kann in der Geschäftsordnung des Vorstandes oder in einem gesonderten Beschluss anordnen, dass bestimmte Geschäfte seiner vorherigen Zustimmung bedürfen.

## § 10 VORSTAND

- (1) Der Vorstand besteht aus mindestens dem Vorsitzenden sowie bei Bedarf bis zu zwei weiteren Vorstandsmitgliedern, die vom Präsidium berufen werden.
- (2) Er führt die laufenden Geschäfte des Vereins, sofern sie nicht durch die Satzung einem anderen Vereinsorgan zugewiesen sind, und verwaltet das Vereinsvermögen. Insbesondere hat er folgende Aufgaben:
  - Ausführung von Beschlüssen der Mitgliederversammlung und des Präsidiums;
  - Vorbereitung des Haushaltsplans, Buchführung, Erstellung des Jahresabschlusses und eines Berichts über die Tätigkeit des Vereins sowie deren Vorlage an das Präsidium;
  - Regelmäßige Berichterstattung an das Präsidium über die Lage des Vereins;
  - einen Haushaltsplan für jedes Geschäftsjahr aufzustellen.

Der Vorstand verpflichtet sich, den Charakter der Arbeit im Einklang mit den „Grundwerten des Vereins“ zu bewahren und zu fördern.

- (3) Der Vorstand hat das Recht, die Tätigkeitsfunktionen und Zuständigkeiten der Vorstandsmitglieder unter sich zu regeln. Das Präsidium kann das Nähere in einer Geschäftsordnung regeln. Er kann Vereinsmitglieder, Ehrenamtliche oder beratende Sachverständige jederzeit hinzuziehen.
- (4) Der Vorstand ist befugt, nach eigenem Ermessen eine oder mehrere Ausschüsse aus Vorstandsmitgliedern und vom Vorstand benannten Vereinsmitgliedern oder auch ohne Rücksicht auf Mitgliedschaft sachlich geeigneten Persönlichkeiten zu bilden.
- (5) Im Rahmen des § 26 BGB wird der Verein gerichtlich und außergerichtlich durch den Vorsitzenden und evtl. weitere Vorstandsmitglieder vertreten, wobei jeder alleinvertretungsberechtigt ist.
- (6) Der Vorstand benötigt die Zustimmung des Präsidiums in folgenden Angelegenheiten:
  - a) Sämtliche Geschäfte, die Grundstücke betreffen
  - b) Beteiligung an anderen Gesellschaften/Stiftungen/Vereinen/usw.
  - c) Aufnahme oder Gewährung von Darlehen und Krediten mit einer Laufzeit von über 12 Monaten und die nicht aus dem normalen Leistungs- und Lieferungsverkehr stammen (insbesondere Darlehen bei Banken, Leasingverträge jeglicher Art, Mietkaufverträge, Eingehung von Avalen, Mitarbeiterdarlehen, usw.)
  - d) Übernahme von fremden Verbindlichkeiten, z.B.: Bürgschaften, Schuldbeitritten, Schuldversprechen und Garantien, die den Verein belasten
  - e) Investitionen in Anlagevermögen (Sachanlagevermögen und immaterielles Anlagevermögen) außerhalb des genehmigten Investitionsbudgets. Diese Regelung gilt unabhängig davon für Anschaffungen, die den Einzelfall von € 10.000,00 (netto) erreichen bzw. übersteigen
  - f) Spekulationsgeschäfte jeglicher Art
  - g) Verträge und Geschäfte mit Mitgliedern und nahen Angehörigen der Vereinsorgane
  - h) Erteilung von Vollmachten (z.B.: Bankvollmacht, Handlungsvollmacht, usw.)
  - i) Abschluss von Verträgen jeglicher Art mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr. Abschluss von Einzelverträgen mit einem Volumen von mehr als 10 % der Einnahmen des Vereins aus dem vorangegangenen Jahr
  - j) Führung von Rechtsstreitigkeiten, gleich welcher Art
  - k) Gewährung von Mitteln, sofern sie für ein einzelnes Vorhaben oder Projekt des Vereins wesentlich sind und außerhalb des Haushaltsplanes gewährt werden
  - l) Beschlüsse über die Verwendung von Überschüssen, Rücklagenbildung und die Vermögensverwaltung
  - m) Aufnahme neuer Tätigkeitsgebiete des Vereins, die bisher nicht Satzungszweck (gem. § 2 dieser Satzung) sind.

Diese Beschränkungen der gesetzlichen Vollmacht des Vorstands sollen nicht in das Vereinsregister eingetragen werden.

## § 11 BEIRAT

- (1) Der Beirat soll den Verein, insbesondere den Vorstand, beraten und die Zwecke des Vereins in Deutschland vertreten.
- (2) Die Berufung der Mitglieder, ihre Aufgaben und Arbeitsweisen legt das Präsidium in einer Geschäftsordnung des Beirats fest.

## § 12 DATENSCHUTZ UND SONSTIGE HINWEISE

- (1) Zur Erfüllung und Förderung der Zwecke des Vereins werden im Rahmen der Mitgliedschaft unter Beachtung der anwendbaren gesetzlichen Datenschutzvorschriften personenbezogene Mitgliederdaten verarbeitet. Der Vorstand regelt diese Datenverarbeitungen in einer Datenschutzordnung.
- (2) Über die Mitglieder wird ein Verzeichnis mit Kontaktdaten geführt. Änderungen der Kontaktdaten haben die Mitglieder unverzüglich dem Vorstand mitzuteilen.
- (3) Erklärungen gelten dem Mitglied als zugegangen, wenn es an die letzte vom Mitglied dem Verein in Textform bekannt gegebene Adresse/E-Mailadresse gesandt wurde; zur Fristwahrung reicht die rechtzeitige Versendung. Dies gilt entsprechend auch für Erklärungen eines Mitglieds mit Ausnahme des Minderheitenbegehrens, dass mit überprüfbaren Unterschriften versehen sein muss.
- (4) Das in dieser Satzung und in den sonstigen Vereinsdokumenten verwendete generische Maskulinum wird als Oberbegriff für alle natürlichen Personen verstanden.

## § 13 AUFLÖSUNG UND ANFALLBERECHTIGUNG

- (1) Die Auflösung des Vereins kann nur beschlossen werden, wenn dies auf der Tagesordnung der Mitgliederversammlung vorgesehen war. Zur Gültigkeit des Auflösungsbeschlusses bedarf es der Zustimmung von 90 % der erschienenen Mitglieder, mindestens aber 25 % aller stimmberechtigten Mitglieder. Ungültige Stimmen und Stimmenthaltungen gelten als Ablehnung.
- (2) Bei Auflösung, Aufhebung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke (§ 2) fällt das Vermögen des Vereins an eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder eine andere steuerbegünstigte Körperschaft zwecks Verwendung für gemeinnützige oder mildtätige, insbesondere den in dieser Satzung genannten Zwecke. Hierüber entscheidet das Präsidium.
- (3) Als Liquidatoren werden die im Amt befindlichen vertretungsberechtigten Präsidiumsmitglieder bestimmt, soweit die Mitgliederversammlung nichts Anderes abschließend beschließt.

Diese Satzung wurde auf der Gründungsversammlung in Heidelberg am 21. November 2009 beschlossen und trat mit Eintragung des Vereins in das Vereinsregister in Kraft. Sie wurde geändert durch die Mitgliederversammlungen vom 20. Mai 2014, vom 31. August 2014, vom 19. November 2017, vom 20. Juli 2020 und vom 11. November 2024.